

Geld oder Leben? Endspiel um Griechenland - und um die Zukunft der Europäischen Währungsunion

van Scherpenberg, Jens

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

van Scherpenberg, J. (2015). Geld oder Leben? Endspiel um Griechenland - und um die Zukunft der Europäischen Währungsunion. *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 64(3), 327-334. <https://doi.org/10.3224/gwp.v64i3.20752>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Geld oder Leben?

Endspiel um Griechenland – und um die Zukunft der Europäischen Währungsunion

Jens van Scherpenberg

Als die griechischen Wähler sich am 25. Januar 2015 mit großer Mehrheit für die links-sozialistische Syriza-Partei entschieden, belohnten sie mit ihrer Stimme ein Regierungsprogramm, das die Hoheit über den eigenen Haushalt wiederzugewinnen, das Troika-Regime immer neuer Auflagen zur Reduzierung von öffentlichen Ausgaben und Lebensstandard zu beenden und das Land wieder auf einen Wachstumspfad zu führen versprach. Mit den Beschlüssen des Eurozonen-Gipfel vom 12. Juli 2015 unterwarf sich dieselbe Regierung einem Aufsichtsregime, das über die bisherigen Auflagen weit hinausgeht und das Land für noch unbestimmte Zeit faktisch zum Protektorat der Eurozone erklärt, dessen Regierung im Wesentlichen die Rolle einer lokalen Auftragsverwaltung bleibt.

Die viereinhalb Monate, die zwischen diesen beiden Daten liegen, sind nicht nur geprägt durch eine für Themen der Europapolitik beispiellose Propagandakampagne, an der sich führende Politiker zumal in Deutschland, aber

auch in Griechenland, beteiligten, deren polemische Äußerungen in der Presse ein oft bis zur nationalistischen Hetze verstärktes Echo fanden. Dieser Aufheizung der öffentlichen Meinung entsprach auch ein völliges Aneinandervorbeireden der Verhandlungspartner im Rat der Eurofinanzminister wie bei den Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs der Eurozone. Wechselseitige Bezeichnungen der Inkompetenz wie der in böser Absicht angestrebten Unterwerfung und Demütigung eines souveränen Landes waren die Folge.

Es sagt viel aus über den Stand des europäischen Projekts, dass sich an der Frage, wie und zu welchen Bedingungen die Überschuldungskrise Griechenlands gemeinsam zu bewältigen wäre, also an einer scheinbar technischen europolitischen Frage, eine so heftige öffentliche Debatte mit so extremen propagandistischen Verzerrungen entzündet, dass aus dem griechischen Schuldenproblem ein Austausch moralischer Schuldvorwürfe wird. Ganz offenbar wirft dieses Thema fun-



Dr. Jens van Scherpenberg
Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft
Ludwig-Maximilians-Universität München

damentale Prinzipienfragen auf. Für die deutsche Bundesregierung geht es darum, die Glaubwürdigkeit des Euro als eine schlagkräftige, von wirtschaftlicher Stärke und soliden Staatsfinanzen untermauerte Weltwährung zu bewahren. Die griechische Regierung sieht durch die Auflagen der Troika-Institutionen das Überleben der Nation als souveräner Einheit gefährdet, sieht weite Teile der Bevölkerung in Verarmung und Unterversorgung mit essentiellen öffentlichen Dienstleistungen gedrängt. Geld oder Leben, so scheint es, sind die Alternativen, die sich hier unversöhnlich gegenüberstehen.

Diesen Nebel moralisierender Propaganda gilt es zu durchdringen, kurz zu rekapitulieren, wie Griechenland überhaupt in die jetzige Situation geraten ist, und die beiderseitigen Positionen sowie die in ihnen zum Ausdruck kommenden grundlegenden Interessen der Beteiligten zu erklären, um zu verstehen, warum sie in den letzten Monaten derart unvereinbar waren – und es bis zum „Verhandlungsergebnis“ vom 12. Juli 2015 blieben. Was dieses Datum nicht nur für Griechenland, sondern für die weitere Entwicklung der Eurozone, ja des europäischen Integrationsprojekts insgesamt bedeutet, ist heute noch gar nicht abzuschätzen.

Die Ausgangslage Griechenlands

Die griechische Verschuldungskrise, so heißt es, sei der Tatsache geschuldet, dass das Land „über seine Verhältnisse gelebt“ habe. Das ist, auch wenn sie von renommierten Ökonomen geäußert wird, eine selbstgerechte ex-post-Weisheit von sehr bescheidenem Aufklärungswert, ebenso wie die Behauptung, Griechenlands Beitritt zum Euro sei erschlichen und ein großer Fehler gewesen. Sein Beitritt war politisch gewollt als wichtiger Beitrag zur ökonomischen und politischen Konsolidierung eines Landes, das seit 20 Jahren EU-Mitglied war, das militärisch, politisch und kulturell zum Kern der Nationen des Westens gehörte und dem erhebliche strategische Bedeutung an der Südostflanke von EU und NATO zukam, eines Landes zudem, das eine wichtige Brücke zu den nahöstlichen Märkten bilden konnte. Über die zweifelhafte Datenlage, was die Einhaltung der „Maastricht-Kriterien“ des Euro-Stabilitätspaktes angeht, wurde generös hinweggesehen.

Und seit es im Jahr 2001 in die Eurozone aufgenommen wurde, hat Griechenland genau gemäß den Verhältnissen gelebt, die mit der Eurozone geschaffen wurden. Weil die Finanzmärkte mit Einführung des Euro die Eurozone als quasi einheitlichen Kapitalmarkt mit einer starken Währung behandelten, in dem die Kreditrisiken einzelner Staaten und Volkswirtschaften keine Rolle mehr spielen, differierten die nationalen Zinssätze der Eurozonenländer nur mehr im Nachkommabereich. Staat, Unternehmen und Bürger profitierten damit in Griechenland wie in anderen bisherigen Schwachwährungs- und daher Hochzinsländern von den mit der Währungsumstellung schlagartig sinkenden Kreditzinsen.

Der Zufluss billiger Kredite, den die großen europäischen, namentlich französischen und deutschen Banken bereitwillig zur Verfügung stellten, erlaubte in den südlichen Euroländern und in Irland nicht nur Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und die Modernisierung und Expansion von Unternehmen, sondern befeuerte auch Korruption und eine beispiellose Immobilienspekulation. Aber auch das Lohnniveau und insgesamt der allgemeine Lebensstandard stiegen. Die wachsende inländische Kaufkraft schlug sich naturgemäß in steigenden Importen und damit einer zunehmend defizitären Leistungsbilanz nieder, gesamtwirtschaftlich gesehen finanziert durch Kapitalzuflüsse in Form von Krediten aus den nördlichen Eurostaaten. Diesen Defiziten standen wachsende Leistungsbilanzüberschüsse und damit einhergehende Kapitalexporte Deutschlands, der führenden Wirtschafts- und vor allem Exportmacht der Eurozone gegenüber. Denn hier sorgten die Konjunkturschwäche in den Jahren nach 2000, die Effekte der Agenda-2010-Politik – die Kürzung von Sozialausgaben, die Einführung eines Billiglohnsektors und der davon ausgehende Druck auf das allgemeine Lohnniveau – für eine Stagnation der inländischen Kaufkraft. Die stattlichen Wachstumsraten in Griechenland, Spanien, dem „keltischen Tiger“ Irland wurden noch bis in die Anfänge der Finanzkrise hinein als Erfolg der mit dem Euro hergestellten Stabilität gefeiert und trugen mit dazu bei, die rezessiven Folgen der Agenda-Politik in Deutschland abzumildern.

Vor der mittelfristigen Unhaltbarkeit dieser Ungleichgewichte warnen zwar einige wenige Ökonomen schon vor der Finanzkrise. So

wies Daniela Schwarzer schon 2005, zuletzt dann im Frühjahr 2009, als von einer Krise Griechenlands noch gar nicht die Rede war, darauf hin, dass sich diese Ungleichgewichte in der Eurozone keineswegs, wie von der neoklassischen ökonomischen Lehrbuchmeinung postuliert, von selbst ausgleichen, sondern dass es zusätzlicher Integrationschritte und finanzieller Ausgleichsmechanismen bedarf (Dullien/Schwarzer 2005, 2009).

Dafür war es allerdings zu spät, als ab Mitte 2009 die Finanzmärkte unter dem Eindruck der Bankenkrise in den führenden westlichen Industriestaaten begannen, die Länderrisiken der Eurozone im Lichte der Tragfähigkeit der aufgelaufenen nationalen Leistungsbilanzdefizite und Staatsverschuldung neu – und das hieß: sehr viel differenzierter – zu bewerten. Die Folge waren drastisch steigende Zinsen für die Staatsanleihen verschiedener hoch verschuldeter Euro-Länder. Und das führte im Fall Griechenlands, kaum war seine effektive Staatsverschuldung nach jahrelanger Falschberechnung in ihrer wahren Höhe bekannt geworden, zur faktischen Zahlungsunfähigkeit. Denn die Staatsschulden ließen sich auf dem Kapitalmarkt nicht mehr zu auch nur im entferntesten tragfähigen Zinsen refinanzieren.

An dieser Stelle setzt die scharfe Kritik von Janis Varoufakis an der Politik der Eurozone gegenüber der Schuldenkrise ein.

Dialog unter Gehörlosen – die „Verhandlungen“ zwischen der Regierung Tsipras/Varoufakis und den Euro-Finanzministern

Die Regierung Tsipras war nicht nur angetreten, um Griechenlands bisheriges korruptes Regierungssystem zu reformieren, sondern auch, um zu korrigieren, was aus ihrer Sicht ein zentraler Fehler der bisherigen Kreditprogramme der Eurozone für Griechenland war: die extrem hohe Schuldenlast, zu deren Bedienung die europäischen Gläubiger dem Land die Verpflichtung auf einen dauerhaft hohen Primärüberschuss des Haushalts, also der Einnahmen über die laufenden Ausgaben (ohne Schuldendienst) auferlegten. Damit, so die Syriza-Regierung, werde es unmöglich

gemacht, den Haushalt für eine investitions- und wachstumsförderliche Politik einzusetzen. Nur eine deutliche Schuldenstreichung, könne den finanziellen Spielraum schaffen, einige extreme Kürzungsmaßnahmen nicht nur bei den Sozialkosten, sondern auch bei Erziehung und Gesundheitswesen rückgängig zu machen, so wieder binnenwirtschaftliche Wachstumsanreize zu stiften und damit auch ein günstigeres gesamtwirtschaftliches Klima für grundlegendere Reformen von Staat und Wirtschaft in Angriff zu nehmen.

Natürlich wurde dieses Programm – immerhin ging es der Syriza-Regierung auch um die innenpolitische Konsolidierung ihres Wahlerfolgs – mit viel nationalistischem Vokabular aufgeladen: Abschütteln des Troika-Regimes, Rückgewinnung nationaler Souveränität und Würde usw. Ökonomisch allerdings war es in sich schlüssig.

In einem Artikel im britischen „Guardian“ (11.7.2015) nach seinem Rücktritt blickte Varoufakis noch einmal zurück auf die Ausgangslage: „2010 wurde der griechische Staat insolvent. Zwei mit einer fortdauernden Mitgliedschaft in der Eurozone vereinbare Optionen boten sich an: die vernünftige, die jeder ordentliche Bankier empfehlen würde – Umschuldung und Wirtschaftsreformen; und die toxische Option – einem bankrotten Schuldner neue Kredite zu geben (extending new loans) und so vorzuspiegeln (pretending), dass er weiter zahlungsfähig sei.“ Varoufakis dürfte allerdings bewusst sein, dass „extending and pretending“ sich nicht nur auf Griechenland und die Eurokrisenländer beschränkte, sondern das Leitmotiv ist, unter dem in der ganzen westlichen Welt mit den Folgen der Finanzkrise umgegangen wird: private Schulden durch staatliche ersetzen, Staatsschulden durch immer neue Schulden aufblähen und dabei so tun, als ob diese Schulden noch immer einen tatsächlichen Anspruch auf Verzinsung und Rückzahlung darstellten, obwohl die Krise längst klagemacht hat, dass solche Ansprüche in das Reich der Fiktion gehören.

Deshalb schlossen die Gläubigerstaaten für Griechenland schon zu Beginn der Krise 2010 genau die Option aus, die im Reglement der Eurozone für einen solchen Fall eigentlich vorgesehen war: no bail-out, kein finanzieller Beistand, um ein bankrottes Euro-Land zahlungsfähig zu halten. Stattdessen bogen sie

sich, vor allem auf Druck Frankreichs, die für Naturkatastrophen vorgesehene Notfalls-klausel des Art. 122 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEU-Vertrag) zurecht, um zunächst den Europäischen Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM), 2013 dann den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu schaffen.

Damit begingen sie den entscheidenden Sündenfall der Eurozone im Umgang mit der Staatsschuldenkrise, den auch die scharfen Kritiker des Euro-Krisenmanagements Schäffler/Friedrich (2012, 358) benennen: „Die Währungsunion hätte ohne politische Sanktionierung von Verletzungen des SWP (des Stabilitäts- und Wachstumspaktes von 1997, JvS) auskommen können, wenn die Drohung des Staatsbankrotts glaubhaft geblieben wäre. Doch diese ... entscheidende Wurzel wurde durch die Griechenland-Rettung ersatzlos abgeschnitten“.

Was wäre geschehen, wenn die Eurostaaten sich 2010 an ihre eigene No-bailout-Regel gehalten hätten? Griechenland wäre, nach entsprechenden Verhandlungen mit Banken und Eurostaaten, den größten Teil seiner Schulden los gewesen, hätte damit zwar für geraume Zeit die Möglichkeit verloren, sich am Kapitalmarkt neu zu verschulden, hätte aber auf der Grundlage eines ausgeglichenen Haushalts ohne Neuverschuldung sein eigenes wirtschaftliches Reformprogramm, wie es die Syriza-Regierung plante, in Angriff nehmen können. Die griechischen Banken hätten natürlich ernsthafte Liquiditätsprobleme bekommen, einige von ihnen wären vielleicht sogar insolvent geworden und der Staat hätte zumindest in gewissem Umfang für ihre Kundeneinlagen garantieren müssen. Vor allem aber hätten Griechenlands Kapitalmarktgläubiger, allen voran französische und deutsche Banken und Versicherungen, ihre Kreditforderungen an Griechenland und ihre Bestände an griechischen Staatsanleihen weitgehend abschreiben müssen, hätten darüber erneut hohe Milliardenverluste erlitten. Eine weitere höchst unpopuläre Bankenrettung aus Steuergeldern hätte nötig werden können, vor allem aber wurde eine hohe Ansteckungsgefahr für die übrigen potentiellen Krisenländer befürchtet. An deren steigenden Kapitalmarktzinssätzen ließ sich bereits ablesen, dass die Finanzmärkte auch ihre Kre-

ditwürdigkeit zunehmend in Zweifel zogen. Aus Sicht der Eurostaaten war die Verletzung der eigenen Regeln durch „Extend and pretend“ somit alternativlos.

Eine *pauschale* Garantie der Zahlungsfähigkeit aller vom Verlust ihrer Schulden-tragfähigkeit und damit Kreditwürdigkeit bedrohten Euroländer hätte jedoch selbst die wirtschaftlichen Möglichkeiten Deutschlands als der wichtigsten Garantiemacht des Euro überfordert und damit den Euro insgesamt zu einer international wenig glaubwürdigen Schwachwährung degradiert.

Jedes zusätzliche Kreditprogramm muss daher, dieser Logik folgend, zwingend mit Auflagen verbunden werden, die für die betreffenden Länder, allen voran Griechenland, zumindest die fiktive Perspektive einer Rückkehr zu Wettbewerbsfähigkeit und damit zu Wachstum aus eigener Kraft, also auch zu Schuldendienstfähigkeit und Kreditwürdigkeit eröffnen und so den Rang des Euro als über jeden Zweifel erhabene internationale Anlage- und Reservewährung bewahren.

Zusammenfassend lässt sich sagen: Das fundamentale Unverständnis zwischen Varoufakis und seinen Eurozonen-Kollegen unter Führung von Wolfgang Schäuble, das sich dann ja auch in gegenseitigen persönlichen Diffamierungen niederschlug, ist darauf zurückzuführen, dass beide Seiten auf völlig unterschiedlichen Ebenen argumentierten.

Für Tsipras und Varoufakis standen Griechenland und sein Verbleib in der Eurozone im Vordergrund. Sie versuchten, mit ökonomischen Argumenten wie mit der Beschwörung des Zusammenhalts der Eurozone die Situation ihres Landes zur europäischen Sache zu machen. Das aber war nicht die Verhandlungsebene, auf der sich die Gegenseite bewegte. Für die Führungsmacht der Eurozone ist es in den Verhandlungen nie primär um Griechenland gegangen, sondern um den Euro selbst als eine der beiden führenden Weltwährungen. Seine internationale Glaubwürdigkeit verdankt sich einem Wirtschaftsraum, der es in der internationalen Wettbewerbsfähigkeit seiner Unternehmen auf dem Weltmarkt mit den großen konkurrierenden Weltwirtschaftsmächten aufnehmen kann und der – wenn er schon nicht über eine einheitliche Staatsgewalt verfügt – zu-

mindest einem strikten, der Stabilität der gemeinsamen Währung verpflichteten supranationalen Regelsystem unterworfen ist. Dessen Kern ist der Grundsatz, dass die Eurozone keine „Transferunion“ mit horizontalem Finanzausgleich, also starken supranationalen Strukturen für eine fiskalpolitische Belegung der Binnennachfrage ist, sondern dass jedes Land sich selbst um seinen Erfolg in der Konkurrenz unter den Mitgliedern der Währungsunion zu kümmern hat, in dem es sich erforderlichenfalls durch strikte angebotsorientierte Maßnahmen – Senkung von Arbeitskosten und staatlichen Ausgaben, Privatisierung von staatlichen Unternehmen und Liberalisierung von Märkten – dem Kriterium der Konkurrenzfähigkeit im internationalen Produktivitätsvergleich unterwirft.

Diese Regelgebundenheit durchzusetzen, sieht die Bundesregierung als die zentrale Aufgabe deutscher Führung in der Eurozone. An Griechenland will sie das Exempel statuieren, was mit einem Land geschieht, das die Regeln der Eurozone verletzt.

Das war wohl das zentrale Missverständnis der vier Monate vor der Entscheidung vom 12. Juli 2015, das die Verbitterung auf beiden Seiten über so viel Verständnislosigkeit der anderen Seite immer weiter wachsen ließ.

Die Beschlüsse des Euro-Gipfels vom 12. Juli 2015

Der Forderungskatalog, dem der griechische Regierungschef Tsipras auf dem Gipfeltreffen der Eurostaaten in Brüssel am 12. Juli 2015 unter dem Druck eines durch den Entzug der EZB-Unterstützung illiquiden, zur Schließung gezwungenen Bankensystems und dem damit drohenden völligen Zusammenbruch jeder wirtschaftlichen Aktivität im Lande zustimmen musste, ist von bemerkenswerter Rigorosität und geht weit über alles hinaus, was Griechenland bislang an sogenannten Reformauflagen hatte akzeptieren müssen.

Das griechische Parlament wurde verpflichtet, innerhalb weniger Tage nicht nur das gesamte Programm zu akzeptieren, sondern auch eine ganze Reihe konkreter Maßnahmen sogleich legislativ umzusetzen. Dazu gehören als wichtigste

- eine Vereinfachung und teilweise substantielle Erhöhung der Mehrwertsteuer, u.. für Hotelbetriebe, die bereits zum 20. Juli 2015 wirksam wurde und vor allem auch die Tourismusindustrie trifft;
- Sofortmaßnahmen im Rentensystem, die die Leistungsansprüche reduzieren und das Rentenalter auf 67 hinausschieben;
- Die strikte Einhaltung des Fiskalpaktes und „quasi-automatische Ausgabenkürzungen“, sollte der Haushalt die vorgegebenen „ehrgeizigen“ Primärüberschussziele verfehlen;
- eine unverzügliche Reform der Zivilrechtssprechung, sowie Maßnahmen zur Stärkung des Finanzsektors durch entschiedenes Vorgehen bei notleidenden Krediten (vor allem die Beschleunigung von Zwangsäumungsverfahren gegen zahlungsunfähige Hypothekenschuldner);
- „ehrgeizige Produktmarktreformen“ gemäß den Deregulierungs-Empfehlungen der OECD;
- tiefgreifende Arbeitsmarktreformen unter Anpassung „an bewährte internationale und europäische Verfahren“;
- beschleunigte Privatisierung von Staatsvermögen, durch Übertragung von Vermögenswerten im geschätzten Wert von 50 Mrd. € an einen unabhängigen Fonds, also eine Art Treuhandanstalt für Griechenland.

Schließlich hat Griechenland „zu sämtlichen Gesetzesentwürfen in relevanten Bereichen mit angemessenem Vorlauf“ die Institutionen der Troika – IWF, EU-Kommission und EZB – zu konsultieren und sich mit ihnen abzustimmen, bevor irgendetwas davon im Parlament auch nur diskutiert, geschweige denn verabschiedet wird. „Die Eigenverantwortung („ownership“ im englischen Original) der griechischen Regierung ist von ausschlaggebender Bedeutung, und auf politische Verpflichtungen sollte eine erfolgreiche Umsetzung folgen,“ heißt es im Gipfeldokument.

Die griechische Souveränität erschöpft sich damit in der „Hoheit“ des Parlaments, die Vorgaben der Euro-Finanzminister in Gesetzesform zu bringen, und der Aufgabe der Regierung, diese Vorgaben – unter strikter Aufsicht durch die Beamten der Troika – durchzusetzen.

In der Sache hat sich die EU damit die ehrgeizige Aufgabe gestellt, eines ihrer langjährigen Mitglieder einem „State building“-Prozess zu unterziehen, einem umfassenden Programm zum Aufbau oder zur Modernisierung grundlegender staatlicher Institutionen. Allgemeine öffentliche Verwaltung, Justiz, Bodenrecht und Katasterwesen, Steuersystem und Finanzverwaltung, Gesundheitswesen, Arbeits- und Unternehmensrecht sollen so organisiert werden, dass die essentiellen Staatsfunktionen effizient und sparsam erbracht werden, privatwirtschaftliche Aktivität aktiv gefördert statt administrativ behindert wird, und der Staat sich im übrigen aus allen Aktivitäten zurückzieht, die nach den Kriterien der EU durch Privatunternehmen genauso gut oder besser erbracht werden können. So zumindest die Idealvorstellung.

Die Kehrseite dieses ambitionierten Programms eines externen Mikromanagements des griechischen Staatsapparates besteht allerdings darin, dass damit faktisch auch die „ownership“, die Verantwortung für das Programm, zum großen Teil auf die Troika-Institutionen, also vor allem EU und Eurozone übergeht, die „Schuld“ für sein Scheitern sich nicht mehr so einfach auf Griechenland abwälzen lässt.

Genau dieses Dilemma dürfte der deutsche Finanzminister Schäuble im Auge gehabt haben, als er kurz vor dem entscheidenden Euro-Gipfel vom 12.7.2015 ein (vielfach in der Presse veröffentlichtes) Papier vorlegte, das neben dem „Plan 1“ eines umfassenden Programms zur Staatsmodernisierung den „Plan 2“ eines „Grexit auf Zeit“, eines temporären Ausscheidens Griechenlands aus der Währungsunion zur Debatte stellte. Zwar findet sich dieser „Plan 2“ nicht in der Gipfel-Erklärung selbst; für den nicht unwahrscheinlichen Fall eines Scheiterns des Programms bleibt er jedoch – einmal ausgesprochen – unweigerlich auf dem Tisch. Der Geist ist aus der Flasche, oder wie der „Economist“ (18. 7. 2015) schreibt: „Diese Idee (des ‚Grexit auf Zeit‘, JvS) wurde aus der endgültigen Vereinbarung gelöscht, aber zu spät. Deutschlands unerschütterliche Verpflichtung auf die Unwiderruflichkeit der gemeinsamen Währung ist weg, und sie kann nicht wieder neu erfunden werden.“

Imperiale Überdehnung oder vertiefte Integration? Die Eurozone in der Zerreißprobe

Die harte deutsche Verhandlungsführung gegenüber Griechenland, wie sie sich in den Beschlüssen vom 12. Juli 2015 niederschlug, hat auf den verschiedensten Ebenen höchst zentrifugale Ergebnisse zeitigt:

Dissens in der Troika

In einer Schuldentragfähigkeitsanalyse, die kurz vor dem griechischen Referendum bekannt und danach noch einmal aktualisiert wurde (IMF 2015), hat der IWF klargestellt, dass Griechenland seine Schulden selbst unter den optimistischsten (und aus IWF-Sicht völlig unrealistischen) Annahmen zu Haushaltsüberschüssen und Wachstum nicht zurückzahlen kann. Nötig seien entweder eine mindestens 30-jährige Freistellung von jeder Bedienung seiner jetzigen und künftigen Schulden bei EFSF und ESM oder jährliche Zuschüsse der EU oder tiefe Streichungen der Schulden. Die beiden letzten Optionen aber lehnt die Eurozone als Verletzung der „no-bailout“-Regel strikt ab. Allenfalls die Option einer jahrzehntelangen Laufzeitverlängerung und Aussetzung des Schuldendienstes sei denkbar – also ein weiteres Mal „extend and pretend“.

Ob sich der IWF unter diesen Umständen noch einmal an einem dritten Rettungspaket beteiligt, ist ungewiss, auch wenn seine Beteiligung vom Euro-Gipfel zur Bedingung erklärt wurde. Bereits jetzt ist die Stellung der geschäftsführenden Direktorin des IWF, Christine Lagarde, unter den IWF-Mitgliedern deutlich geschwächt. Der kürzlich neu ernannte Chefökonom des IWF, Maurice Obstfeld, gilt als scharfer Kritiker der von der Eurozone praktizierten Austeritätspolitik.

Dissens in der Bundesregierung

Die offen zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten rund um das Schäuble-Papier zwischen Schäuble und Kanzlerin Merkel sind Ausdruck tiefgreifender Differenzen über die von Deutschland zu verfolgende Strategie für die Eurozone. Es geht darum, welche Behandlung Griechenlands sich bes-

ser als wirksames Exempel für andere Eurostaaten eignet und zur Glaubwürdigkeit der Eurozone beiträgt: der Grexit oder ein protektoratsähnliches rigoroses Auflagen- und Kontrollregime, das Griechenland in der Eurozone – und diese damit zusammen – hält. Die Schäuble-Position eines Grexit setzt nicht nur auf dessen abschreckende Wirkung für andere Staaten angesichts der zu erwartenden einschneidenden wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen auf Griechenland, sondern auch darauf, dass sein Ausscheiden sich als Sonderfall ohne Präzedenzwirkung für die Eurozone quasi isolieren lasse. Kanzlerin Merkel und Vizekanzler Gabriel fürchten eben diesen Präzedenzfall und vor allem die Schwächung Deutschlands als der letzten Garantiemacht des Euro und der Irreversibilität der Eurozone.

Deutsch-französischer Dissens

Die Drohung mit dem „Grexit“ hat auch den politischen Konsens unter den 18 übrigen Mitgliedern der Eurozone gegenüber Griechenland zerstört, den Merkel und Schäuble noch bis zum griechischen Referendum erfolgreich herstellen können. Zwar wurde Deutschland von 14 weiteren Eurozonen-Mitgliedern unterstützt, doch waren das neben den Niederlanden und Spanien eher die kleineren nord- und mitteleuropäischen Staaten. Die EU-Schwergewichte Frankreich und Italien sprachen sich auf dem Euro-Gipfel vom 12. 7. 2015 vehement gegen die von Schäuble auf den Tisch gelegte Drohung mit dem Grexit aus.

Frankreichs Präsident Hollande ergriff die Chance, sein Land als die gleichberechtigte zweite europäische Führungsmacht zu positionieren. Gegen Deutschland übernahm er die Rolle eines Garanten der Unauflöslichkeit der Eurozone – ohne allerdings in der Lage zu sein, diese Garantie letztlich selbst – ohne Unterstützung durch Deutschland – ökonomisch einzulösen. In seiner Pressekonferenz zum Abschluss des Euro-Gipfels am Morgen des 13.7. machte er seine Interpretation des Zusammenhangs zwischen Euro und Europäischer Integration deutlich: „Wenn Griechenland die Euro-Zone verlassen hätte, was hätte man gesagt? Dass die Euro-Zone unfähig ist, ihre Integrität, ihre Solidarität zu sichern...

Die Euro-Zone wäre zurückgefallen, wo Europa vorwärts gehen soll und ein Projekt tragen, das die Völker schützt.“

Indem er die Gipfelerklärung vom 12.7. 2015 mittrug, die im wesentlichen auf Schäubles Plan 1 beruhte, gab Hollande jedoch zugleich der Sachzwang-Logik recht, die die deutsche Politik gegenüber Griechenland im Besonderen, den Eurokrisen-Staaten generell, letztlich aber auch gegenüber Frankreich als Dogma formuliert: Eine Überwindung der Schuldenkrise könne es nur geben durch die Kombination fiskalischer Austeritätspolitik und struktureller Reformen zur Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit, kurz: durch eine Befolgung des erfolgreichen deutschen Vorbildes.

Für Hollande dürfte klar geworden sein, dass die deutsche Politik des an Griechenland zu statuierenden Exempels keineswegs primär Griechenland als Adressaten hat, sondern letztlich Frankreich selbst, das ebenfalls seit Jahren und noch auf weitere Jahre hinaus die Bestimmungen des alten Stabilitäts- und Wachstumspaktes, erst recht des neuen Fiskalpaktes von 2012, verletzt und erhebliche Schwierigkeiten mit der Reform seiner Wirtschaft hat.

Ist also das europäische Projekt insgesamt bedroht? Deutschland ist durch seine harte Haltung gegenüber Griechenland Ziel heftiger, ja giftiger Kritik in der europäischen und internationalen Öffentlichkeit wie auch unter führenden nichtdeutschen Ökonomen, ja des Neokolonialismus oder -imperialismus beschuldigt worden. Die linker Imperialismuskritik eher unverdächtige Financial Times (FT) diagnostiziert nüchtern einen „imperial overstretch“ der EU und ihrer Führungsmacht. Die EU sei ein „imperialist project“, aber natürlich eines des 21. Jahrhunderts, mit großen Unterschieden zu den Imperien des 19. und 20. Jahrhunderts. Frühere Imperialmächte „holten nicht die Zustimmung derer ein, die sie kolonisierten, und sie unterdrückten die meisten Formen demokratischer Betätigung. Allerdings dürften die heutigen Griechen diese Unterschiede nicht als besonders groß wahrnehmen“ (FT 14.7.2015).

Der Autor unterschätzt zwar den entscheidenden Unterschied: „Imperialismus heute“, das zeigt die Eurozone, funktioniert letzt-

lich durch die Macht des Geldes – und seines Entzuges. Er tritt als ökonomischer Sachzwang auf, den zu exekutieren den demokratischen Regierungen der dieser Macht unterworfenen Nationen obliegt. Dafür vor allem steht das Exempel, das an Griechenland statuiert worden ist. Aber der Verweis auf die griechische Wahrnehmung ist auch ein Verweis auf die Grenzen dieses Sachzwangs. In vielen Ländern wächst das Gewicht eurokritischer Parteien, ist ein proeuropäischer innenpolitischer Konsens immer schwerer herzustellen.

War die Mitgliedschaft in der Eurozone zunächst für alle von jenem Grundprinzip geleitet, das die Bildzeitung, das Leitmedium der antigriechischen Propaganda in Deutschland, der griechischen Regierung als Vorwurf vorhält – sie sei darauf aus, „aus der großen Idee vom geeinten Europa baren Gewinn zu schlagen“ (BILD, 1.7.2015) –, so ist dieses allen EU- und erst recht Eurostaaten gemeinsame Leitmotiv längst der Wahrheit gewichen, dass sich nach 15 Jahren Europäischer Währungsunion eine scharfe Spaltung zwischen Gewinnern und Verlierern dieser Konkurrenz herausgebildet hat. Für viele ist die gemeinsame Währung von einer Sache, die sich für die eigene Nation wirtschaftlich rechnet, zu einer Belastung geworden, die allenfalls noch der Kalkulation unterliegt, welcher Schaden größer ist: der des Verbleibens im Euro oder der des Ausscheidens. Letzteres aber ist eine systemsprengende Perspektive für die europäische Integration, wie Angela Merkel mit ihrem vielzitierten und mehrfach wiederholten Ausspruch „Scheitert der Euro, scheidet Europa“ deutlich machte.

Unter diesen Umständen erscheint jener entscheidende Schritt vorwärts aus der Unhaltbarkeit der Währungsunion in ihrer gegenwärtigen Ausprägung, für den sich Präsident Hollande in seinem Interview zum Nationalfeiertag am 14. Juli 2015 einzusetzen versprach, der Schritt zu einer Wirtschafts- und Fiskalunion der Eurozone, nahezu unabweichlich. Den Konsens unter den Regierungen und Parlamenten der 19 Eurostaaten herzustellen für die Preisgabe ihrer Souveränität über ihre eigene ökonomische und finanzielle Basis zugunsten einer solchen Union mit gemeinsamem Parlament und Haushalt einschließlich einer eigenen Steuerbasis und damit eigener supranationaler Finanz-

ausgleichskapazität, das dürfte allerdings selbst die europäische Hegemonialmacht Deutschland überfordern.

Literatur

- Conférence de presse du président de la République à l'issue du Sommet de la Zone Euro, Bruxelles, Lundi 13 juillet 2015, www.elysee.fr/declarations/article/confere-nce-de-presse-a-l-issue-du-sommet-de-la-zone-euro-2/
- Dullien, Sebastian / Daniela Schwarzer: Eurozone unter Hochspannung. Die regionalen Konjunkturzyklen in der Währungsunion müssen stabilisiert werden; Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin, SWP-Aktuell Nr. 21, Mai 2005;
- dies.: Die Eurozone braucht einen außenwirtschaftlichen Stabilitätspakt, SWP-Aktuell 27, Juni 2009.
- Erklärung des Euro-Gipfels, Brüssel, 12. Juli 2015, www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2015/07/pdf/20150712-eurosummit-statement-greece/; eine Fassung mit kritischen Annotationen findet sich unter: <http://yanisvaroufakis.eu/2015/07/15/the-euro-summit-agreement-on-greece-annotated-by-yanis-varoufakis/>
- Kay, John: Imperial ambitions have pushed Europe to its limits, Financial Times, 14.7.2014.
- International Monetary Fund, IMF Country Report No. 15/185, 2. Juli/14. Juli 2015, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2015/cr15186.pdf>.
- Pain without end. A deal between Greece and Europe averts one disaster, and hastens the next, The Economist, 18.7.2015.
- Schäffler, Frank / Dirk Friedrich: Zur Unumkehrbarkeit der Euro-Rettungsschirmpolitik und ihren ungewollten Folgen, Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik 5 (2012) 3, 355-366.
- Varoufakis, Yanis: „Behind Germany's refusal to grant Greece debt relief“, www.yanisvaroufakis.eu, 11. Juli 2015, veröffentlicht unter dem redaktionellen Titel „Germany won't spare Greek pain – it has an interest in breaking us“, The Guardian, 11.7.2015.

Reflektierter Konsum. Leitlinien einer an ethischen Prinzipien orientierten sozialwissenschaftlichen Konsumbildung

Tim Engartner/Nadine Heiduk

Zusammenfassung

Neben einer hochgradig ausdifferenzierten Arbeitsteilung und einer stetig steigenden Erwerbsquote begründet in besonderer Weise das wachsende Bedürfnis nach individueller Selbstentfaltung die heutige Konsumgesellschaft. Obwohl Konsum ein zentrales Moment alltagspraktischen Handelns darstellt, ist seine umfassende Reflexion selbst in den einschlägigen fachdidaktischen Konzepten nur selten vorgesehen. So etwa vernachlässigt die ökonomi(sti)sche Perspektivierung des Phänomens „Konsum“ die partizipatorischen Potentiale eines ethisch reflektierten, politisch motivierten Konsumverhaltens. Dabei kommt Verbraucher(inne)n in Anbetracht sozial und ökologisch bedenklicher Produktionsbedingungen eine steigende Verantwortung für die aktive Mitgestaltung der Märkte zu. Der nachfolgende Beitrag plädiert für eine politisch-partizipatorische Konsumkultur und identifiziert Leitlinien einer an ethischen Prinzipien orientierten sozialwissenschaftlichen Konsumbildung, die eine multiperspektivische Auseinandersetzung mit den vielfältigen Bestimmungsfaktoren individuellen Konsumverhaltens befördert.

„Kaufen, um die Welt zu retten“ – mit diesem Titel wartete „Der Spiegel“ im April 2015 als Schwerpunktthema auf und widmete sich damit einem Problem, das immer wieder ins Zentrum der öffentlichen Debatten rückt: der Verantwortung von Konsument(inn)en. Ereignisse wie der Einsturz des Fabrikgebäudes vom Rana Plaza im Frühjahr 2013 lassen erkennen, unter welchen besorgniserregenden Bedingungen zahlreiche Textilprodukte namhafter Anbieter hergestellt werden. Daraus folgen Appelle an Politik, Unternehmen und Konsument(inn)en, die sich für mehr Ethik in Wertschöpfung und Verbrauch einsetzen sollen. Schnell wird diese ethische Mission zur Überforderung, denn „selbst hinter



Professor Dr. Tim Engartner,

Inhaber der Professur für Didaktik der Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt schulische Politische Bildung an der Goethe-Universität Frankfurt am Main und Direktor der Akademie für Bildungsforschung und Lehrerbildung (ABL).



Nadine Heiduk,

Mitarbeiterin an der Professur für Didaktik der Sozialwissenschaften mit dem Schwerpunkt schulische Politische Bildung am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main

den vermeintlich sicheren Entscheidungen lauert schon die nächste Ethikfalle: Das Etikett Biobaumwolle am T-Shirt sagt nichts darüber aus, in welcher Ausbeuterfabrik die Kleidung möglicherweise zusammengenäht wurde“ (Brauck et al. 2015, 70f.). Andererseits sind Konsument(inn)en im Internetzeitalter aufgrund der gewachsenen Informations- und Vernetzungsmöglichkeiten eine äußerst einflussreiche Kontrollinstanz, die Unternehmen für ihr Fehlverhalten empfindlich sanktionieren kann.

Davon ausgehend, dass Konsum in der „Konsumgesellschaft“ als „disziplinenspezifische“ Elementarerfahrung gelten kann, erweist sich dessen Verkürzung auf Handlungen des Verzehrs bzw. Verbrauchs im Sinne einer wirtschaftswissenschaftlichen Deutung als fachwissenschaftlich und fachdidaktisch problematisch. Soll die Kultivierung eines reflektierten Konsums als bildungspolitisches Mittel der Prävention und Intervention gelten, kommt der Institution Schule als Bildungs- und Erziehungsinstanz eine tragende Bedeutung zu. Das in den sozialwissenschaftlichen Unterrichtsfächern verankerte Leitziel „Mündigkeit“ umfasst Prinzipien der Solidarität, Gerechtigkeit und Reziprozität. Kurzum: Es sollen nicht nur individuelle Interessen in die Konsumententscheidung einbezogen, sondern auch Facetten eines sozial- und umweltverträglichen Konsumverhaltens berücksichtigt werden.

Der vorliegende Beitrag geht davon aus, dass eine sozialwissenschaftliche Konsumbildung dem integrativen Ansatz folgen muss, um die Risiken des Konsumismus zu identifizieren, die partizipatorischen Potentiale konsumbürgerschaftlichen Handelns zu entschlüsseln und die „Politisierung des Konsums“ (Lamla 2006) bzw. die „Moralisierung der Märkte“ (Stehr 2007) zu forcieren. Dies ist für ein sozialwissenschaftliches Bildungsverständnis, wonach der „schlafende Riese Konsument“ erwachen und den „Kaufakt in eine Abstimmung über die weltpolitische Rolle der Konzerne“ verwandeln soll, unabdingbar (Beck 2002, 131). Daraus folgt, dass Konsument(inn)en wie Produzent(inn)en oftmals die an der reinen Nutzen- und Wertvermehrung ausgerichtete Zweckrationalität überwinden und stattdessen ein von moralischen Kriterien geleitetes (Markt-) Verhalten praktizieren. Zwar gibt es eine Diskrepanz zwischen Wissen und Handeln, doch hat „der Wissensstand einen wachsenden Einfluss auf das ökonomische Verhalten [...] wie auch auf den Trend hin zu einer Moralisierung der Märkte“ (Stehr 2007, 236).

1. Wie will ich konsumieren? Identitätskonflikte zwischen Freiland- und Bodenhaltung

Ob beim Kaffeetrinken, beim Schokoladenverzehr oder beim Kauf von Textilien – ethischer Konsum gemäß dem Motto „Wandel durch Handel“ findet immer breitere Akzeptanz. Vorbei sind die Zeiten, in denen ethisch verantwortungsvoller Konsum als politisch motiviertes Distinktionsverhalten des links-alternativen Milieus oder als nach Aufmerksamkeit heischender Gestus utopiegläubiger „Weltverbesserer“ interpretiert werden konnte. Eine rein ökonomische Betrachtung von Konsum als Verbrauchshandlung vernachlässigt die soziale, emotionale, kulturelle und ästhetische Wirkmächtigkeit dessen. Konsum beeinflusst den Menschen und Menschen beeinflussen Konsumentangebote – das kann als partizipatorische Chance begriffen werden, wenn Konsument(inn)en ihre Rolle nutzen, um die Konsumgesellschaft aktiv zu verändern. Dies führt zu den zentralen Fragestellungen für die individuelle Gestaltung des Konsums: *Welche/r Konsument/in will ich sein? Wie kann ich ethisch verantwortungsvoll konsumieren? In welcher (Konsum-)Gesellschaft will ich leben?*

In Konzepten des „Consumer Citizenship“ werden Möglichkeiten der konsumbürgerchaftlichen Teilhabe in Formen „politischen Konsums“ identifiziert (Kneip 2010). In Anlehnung an die exit-voice-loyalty-Theorie von Hirschmann stehen Konsument(inn)en Interventionsmöglichkeiten des Boykotts (exit), der kommunikativen Verhandlung sowie des Protests (voice) zur Verfügung. Zudem besteht die Möglichkeit zur Aufrechterhaltung der Konsumbeziehung (loyalty) (Hirschmann 1970; Kneip 2010, 63). Dabei bildet die Interessengebundenheit der Konsumententscheidung ein Unterscheidungskriterium. So ist danach zu fragen, ob die Marktgestaltung im Sinne von Individualinteressen oder mit „advokatorischem“ Blick auf die Interessen Dritter vollzogen wird (Kneip 2010, 63). Ulrich Beck prägte im Jahr 2002 das Schlagwort des „politischen Konsumenten“ und unterstrich die ökonomische Bedeutung ethischen Konsums. Zahlreiche Sozialwissenschaftler/innen pflichten ihm bei und konstatieren eine „Moralisierung der Märkte“ (vgl. für viele: Stehr 2007). Ausschlaggebend für ein reflektiertes Konsumverhalten sind demnach die der Konsumententscheidung zugrunde liegenden individuellen Kriterien, die sich entlang sozialer, ökologischer und ökonomischer Problemstellungen konkretisieren lassen:

Soziales	Ökologie	Ökonomie
keine gesundheitsschädigenden Arbeits- und Produktionsbedingungen	ressourcenschonender Anbau	stabile Mindestpreise (u. a. gegenüber Lieferanten)
keine Kinderarbeit	keine umweltschädlichen Substanzen	langfristige Handelsbeziehungen
Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft	Förderung kontrolliert biologischen Anbaus	Fairtrade-Prämie
Keine Diskriminierung	Verbot genetisch veränderter Organismen	„gerechte“ Entlohnung der Beschäftigten
Meinungs- und Versammlungsfreiheit	Wiederinstandsetzung der Natur (z. B. Aufforstung)	Wahrung eines <i>Corporate-Governance</i> -Kodex (z. B. Korruptionsverbot)

Abb. 1: Kriterien ethischen Konsums aus sozialer, ökologischer und ökonomischer Perspektive; Quelle: Engartner 2014 b, 24

2. Souveränität oder Überforderung? Vom Umgang mit Freiheit und Individualität

Das marktwirtschaftliche Steuerungsideal der Konsumentensouveränität, wonach Konsument(inn)en rationale Konsumententscheidungen treffen, weil sie im Lichte ihrer Präferenzen und Budgetrestriktionen ihre Zahlungsbereitschaft für verschiedene Güter ausbilden und bei gegebenen Preisen entsprechende Konsummengen wählen, ist höchst umstritten (vgl. Hedtke 2001, 10). Der für das Konstrukt der Konsumentensouveränität im Rahmen der standardökonomischen Theoriebildung prägenden „Semi-Fiktion“ des homo oeconomicus mangelt es jedoch an wissenschaftstheoretischer Konsistenz, empirischer Validität und einer daraus resultierenden Prognosefähigkeit. Nach den jüngsten

Erkenntnissen der Wirtschaftswissenschaften liefert das Modellkonstrukt aber selbst im Kontext ökonomischer Sach- und Entscheidungslogiken kein letztgültiges Erklärungsmuster mehr. Die mit der Abkehr von der neoklassischen Lehrbuchökonomie verbundene Einsicht, dass sich der Mensch erst als ein in der Gemeinschaft handelndes Wesen entfalten kann, zielt unter anderem auf Handlungsmotive wie Dankbarkeit, Eitelkeit, Mitleid, Solidarität und Umweltbewusstsein, was unweigerlich Auswirkungen auf das in der sozialwissenschaftlichen Bildung zu vermittelnde Menschenbild haben muss. Ein differenziertes Verständnis von Anschaffung und Nutzung ist unabdingbar (vgl. Rosa 2009). Denn häufig tätigen Konsument(inn)en „Gelegenheitskäufe“ und lassen Gegenstände – womöglich originalverpackt – jahrelang unbenutzt im Schrank oder Regal lagern. Diese sollten als Mahnmale des Konsumismus gelten und die Grundfrage konsumkritischer Reflexion aufwerfen: *„Was brauche ich eigentlich wirklich?“*

Konsumieren erfordert erhebliche Reflexionsfähigkeit, erwachsend aus dem hohen Maß an (Gestaltungs-)Freiheit von Verbraucher(inne)n. Daraus ergeben sich zahlreiche Anforderungen an die (Selbst-)Verantwortung der Konsument(inn)en, die bestenfalls wissen, was sie warum wollen und welche Konsequenzen ihre Entscheidungen für sie und andere haben werden. Insbesondere Kinder und Jugendliche verfügen nicht über die nötigen Erfahrungen sowie die gebotene kritische Reflexionsfähigkeit, um sich souverän – und möglichst unabhängig – auf dem Markt zu bewegen. Rasch kann Freiheit zur Überforderung werden, sind Heranwachsende doch (meist) noch keine mündigen Konsument(inn)en, obwohl sie eine höchst attraktive Zielgruppe darstellen, die in beträchtlichem Maße konsumiert und zugleich Einfluss auf die Konsumententscheidungen ihrer Eltern nimmt. Doch auch Erwachsene haben mit dem Überangebot und den Informationsasymmetrien zu kämpfen. Deshalb kann Konsumkompetenz nicht vorausgesetzt und Konsumierenden nicht die alleinige Verantwortung für die Gestaltung der Märkte auferlegt werden. Eine Studie von Markkula/Moisander (2012) zeigt die Konfusion der Konsument(inn)en, die sich zwischen finanzieller und politischer Verantwortung sowie ästhetischen Normen positionieren müssen respektive wollen. Dies führe zu passivem Verhalten im Hinblick auf nachhaltigen Konsum und sei eine Ursache des „knowledge-to-action gap“, das in Ermangelung unstrittiger Wissensbestände und eindeutiger Handlungsoptionen entstünde (ebd.).

An eben jenem Punkt müssen Verbraucher(schutz)politik und -bildung ansetzen, um Konsument(inn)en zu politisch-partizipativem Konsumverhalten zu befähigen und ihnen durch entsprechende Informationsangebote Orientierungshilfen im Konsumalltag zu bieten. Eine Möglichkeit ist die Zertifizierung von Produkten in Form von Siegeln. Dies erfordert jedoch wiederum einen kritischen Umgang mit den Bewertungskriterien sowie der Unabhängigkeit der Tester/innen (vgl. Engartner 2014b und Burckhardt 2015, 100). So sind beispielsweise Institutionen wie die Verbraucherzentralen oder die Stiftung Warentest verlässliche Instanzen des „institutionalisierten Vertrauens“, die Konsument(inn)en unter anderem durch Informationsangebote zur Seite stehen (Engartner 2012, 30 ff.).

3. Reflektierter Konsum als Zielpunkt der Konsumbildung

Fragt man nach der Bedeutsamkeit von Konsumbildung, herrscht gemeinhin große Einigkeit in Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft: „Die komplexer werdende Konsumwelt, das Internet und die globale Wirtschaft verstärken die Notwendigkeit einer systematischen schulischen Verbraucherbildung. Das ist das einhellige Ur-

teil der befragten Experten“ (Institut für Markt-Umwelt-Gesellschaft 2013, 6). So „einhellig“ jenes Urteil erscheinen mag, so kontrovers wird die Frage diskutiert, wie die Bildungsangebote ausgestaltet werden sollen. So divergieren die Leit- und Zielvorstellungen beträchtlich, was sich in unterschiedlichen Menschen- und Verbraucherbildern manifestiert (vgl. Wittau 2015, 84ff.), zugleich aber auch an der Debatte um die Etablierung eines Separatfachs „Wirtschaft“ sowie der damit einhergehenden Frage nach den Bezugswissenschaften ökonomischer Bildung illustrieren lässt.

Konsumbildung, die sich dem etablierten sozialwissenschaftlichen Paradigma ver-schreibt und einem integrativen Ansatz folgt, muss unweigerlich einer multiperspektivischen Ausrichtung gerecht werden, um Konsumverhalten auch unter sozial- und umweltverträglichen Handlungsmaximen ergründen zu können. Wie vielgestaltig und aussagekräftig soziologische Zugänge zu einem Themenfeld sein können, macht das Beispiel des Kaffeekonsums deutlich (vgl. Giddens 1998, 3 f.). So kann der simple Akt des Kaffeetrinkens als eine Routinehandlung in unserem Kulturkreis gedeutet werden, steht doch häufig nicht der Konsum selbst, sondern die damit verbundene Kommunikation im Mittelpunkt. Die Frage „Wollen wir uns auf einen Kaffee treffen?“ ist in der Regel als Wunsch nach einem sozialen Arrangement zu begreifen – und unterliegt somit dem Gegenstandsbereich der Soziologie. Kaffee kann aus soziologischer Perspektive auch unter dem Gesichtspunkt thematisiert werden, dass dessen Konsum in Großbritannien weit hinter der Tradition des Teetrinkens zurücksteht und hierzulande ein über den Genuss von Fair-Trade-Kaffee sichtbar werdendes Distinktionsmerkmal darstellt. Soziologen widmen sich diesen Unterschieden in der gesellschaftlichen Akzeptanz von Gütern und Gewohnheiten. Schließlich sind die für Produktion, Transport und Vertrieb des Kaffees erforderlichen transnationalen sozialen und ökonomischen Beziehungen einer vergleichsweise jungen Forschungsrichtung der Soziologie zuzuordnen: der Sozioökonomie als multidisziplinärem Forschungsansatz.

Angesichts dieser unterschiedlichen Wirkungsbereiche soll sozialwissenschaftliche Konsumbildung die Partizipationschancen von Verbraucher(inne)n und die (Gestaltungs-)Anforderungen an jene erkennen sowie realistisch bewerten. Insofern muss eine Abkehr von der „Trivialanthropologie des egoistischen Tauschmenschen“ (Engartner 2009) vollzogen werden, so dass Konsument(inn)en die unterschiedlichen Rollenerwartungen koordinieren können, die in ihrer Rolle als Staats- und Wirtschaftsbürger/innen an sie herangetragen werden. Kalkuliert ein/e Konsument/in ausschließlich im Horizont individueller Vorteile oder behält er/sie auch die Interessen anderer im Blick? Solche Überlegungen zielen auf die Verantwortungsübernahme durch Konsument(inn)en und stellen ethische Anforderungen an das Konsumverhalten jener. So zeigt das nachfolgende Schaubild Stufen eines kritisch-reflektierten Nachfrageverhaltens, das auf den Anspruch eines mündigen Konsumverhaltens rekurriert und von der multiperspektivischen Betrachtung über die begründete Entscheidung zum aktiven und bewussten Handeln überführt. Dabei werden beispielhaft mögliche Fragestellungen und Reflexionskriterien aufgeführt und didaktisch-methodische Ansatzpunkte benannt.

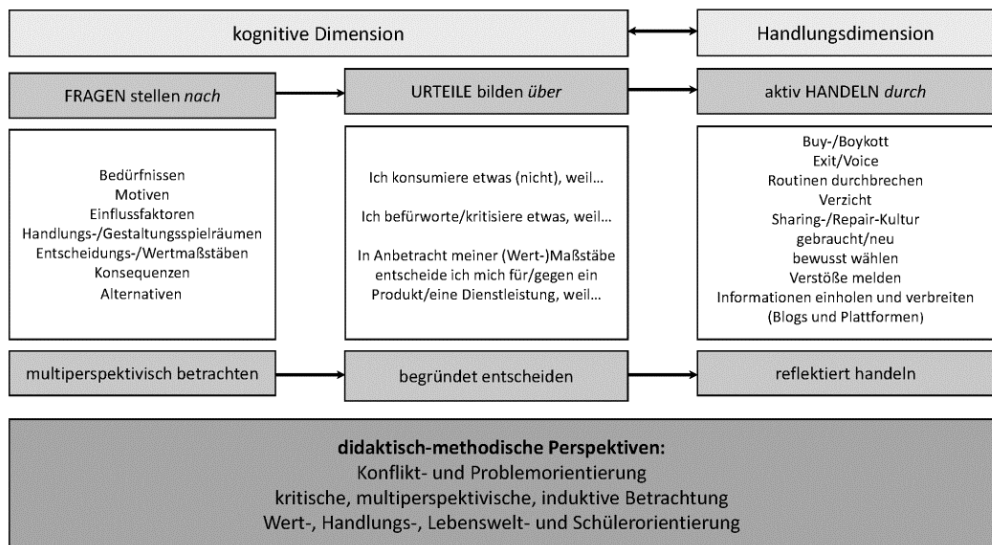


Abb. 2: Reflektiertes Konsumieren durch kritisches Nachfragen; Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an: Haarmann 2014, 208 f.

Der partizipatorische Anspruch einer politisch orientierten Konsumbildung zielt auf eine Selbstverortung der Konsument(inn)en im Markt, die auf ein verantwortungsvolles und (konsum)bürgerschaftliches Marktverhalten im Sinne von Solidarität und Gerechtigkeit setzt. Dies bedeutet Konsum als Statement zu begreifen, das eine politische, ästhetische, kulturelle, ethische und ökonomische Verortung im Konsumdiskurs erlaubt und unterschiedliche Aktivierungsgrade zwischen stummem Boycott und aktivem Protest kennt. Eine reflektierte Auseinandersetzung verhilft zur Identifikation und Neujustierung der eigenen (politischen) Position in der Konsumgesellschaft und dient mit der entsprechenden Handlungsanpassung deren Gestaltung. Denn „[t]rotz aller Unzulänglichkeit der bestehenden politischen und gesetzlichen Regelungen ist es schon jetzt möglich, bewusster einzukaufen. Letztlich geht es um eine grundlegende Verhaltensänderung und um eine Selbstverpflichtung von uns allen. Geiz ist eben nicht geil. Setzen wir ein Zeichen, indem wir Waren kaufen, die fair hergestellt sind“ (Burckhardt 2015, 100). Hier klingt die Werthaltung durch, die der Konsumententscheidung zugrunde gelegt wird. So geht es um Urteilsfähigkeit im Sinne einer begründeten und informationsbasierten Entscheidung, die zu entsprechenden Handlungsoptionen führt. Dies umfasst das Denken in Alternativen bzw. das aktive und flexible Handeln in Anbetracht sich stetig wandelnder Anforderungen sowie Gegebenheiten.

4. Vom Wissen zum Handeln: Didaktisch-methodische Erfordernisse sozialwissenschaftlicher Konsumbildung

„Wären Sie bereit für Produkte, die höheren ethischen, ökologischen oder sozialen Standards genügen als die konventionellen Konkurrenzangebote, einen höheren Preis zu bezahlen?“ Diese Frage würden vermutlich viele Konsument(inn)en mit „Ja“ beantworten (vgl. z.B. Brauck et al. 2015, 68) – sei es aus sozialer Erwünschtheit oder weil

sie sich selbst in der Rolle als ethische Verbraucher/innen sehen und ihre Wahlentscheidung bewusst treffen wollen. Obschon der Handel mit Bio-Produkten boomt und die in der Marketingsprache als LOHAS (Lifestyles of Health and Sustainability) bezeichneten Konsument(inn)en inzwischen eine beachtliche Zielgruppe darstellen, offenbart sich eine Lücke zwischen Haltung und Handlung von Konsument(inn)en. Die Diskrepanz zwischen dem, was Verbraucher/innen (in Umfragen) sagen und dem, was sie wirklich konsumieren, ist hinlänglich diskutiert worden (Heidbrink et al. 2011, 10). Ob sich dieser Bruch mit den eigenen Konsumkonventionen nun bewusst oder unbewusst vollzieht und ob es sich nun um eine finanziell begründete Entscheidung handelt oder nicht – die Konsumkonsequenzen manifestieren sich in Verschwendungs-, Übernutzungs- und Ausbeutungserscheinungen.

Damit das Wissen um Konsumieren keine abstrakte Sphäre jenseits des konkreten Handelns bleibt, bedarf es einer Konsumbildung, die die partizipatorischen Handlungspotenziale von Konsum betont und die Analogie zu Abstimmungsverhalten in demokratischen Gesellschaften herstellt. Ein Zielpunkt ist dabei die (An-)Passung der Handlungsoptionen an die individuelle Situation. Somit erfordert reflektiertes Konsumieren Analyse-, Urteils- und Handlungsfähigkeiten, die in handlungs- sowie problem- und konfliktorientierten pädagogischen Arrangements erprobt werden können. Dabei bietet gerade die Auseinandersetzung mit Konsumthemen die Chance für eine lebensweltnahe Beschäftigung mit Inhalten, die einen Brückenschlag zwischen Ökologie, Ökonomie und Politik erlauben, wenn die eigene Konsumerfahrung zum Ausgangspunkt für die Analyse allgemeiner Strukturmerkmale von Güter- und Dienstleistungsmärkten wird.

Ein problemorientierter Zugang, der die ambivalente Funktion von Konsumhandeln unterstreicht, erweist sich als besonders fruchtbar, um den komplexen Strukturen des Marktgeschehens und der Konsumentenrolle Rechnung zu tragen. *Ist den Angaben auf Verpackungen und Etiketten wirklich zu trauen? Wurde die Jeans aus Bio-Baumwolle nicht nur unter umwelt-, sondern auch unter sozialverträglichen Bedingungen hergestellt?* Jene Dilemmata – wie sie zum Beispiel aus Informationsasymmetrien entstehen – sind ein adäquater Zugang, um das Verhältnis zwischen Anbietern und Konsument(inn)en zu charakterisieren und Möglichkeiten konsumentenseitiger Einflussmöglichkeiten zu illustrieren. Dabei drängen sich u.a. folgende Fragen auf: *Welche Konsumentenbilder zeichnen standardökonomische Betrachtungen? Welche Erwartungen stellt die Politik an Verbraucher/innen und welche verbraucherpolitischen Maßnahmen erwachsen daraus? Inwiefern können Institutionen wie die Verbraucherzentralen oder die Stiftung Warentest den Konsument(inn)en Orientierung bieten?* Nur eine multiperspektivische und partizipationsorientierte Auseinandersetzung mit Interessen, Positionen, Dilemmata und Handlungsoptionen der Konsument(inn)en können zu einem reflektierten Konsumverständnis der Schüler/innen beitragen und schließlich dazu einladen, das eigene Konsumverhalten zu reflektieren.

5. Schlussfolgerungen in Dichotomien

Für ein persistentes Konsumverständnis ist es unabdingbar, einen differenzierten Blick auf die individuellen und institutionellen Verantwortungsbereiche zu werfen, um eine „Moralisierung der Märkte“ (Stehr 2007) voranzutreiben. Eine sozialwissenschaftlich orientierte Konsumbildung erklärt kritisch-reflektierte Konsument(inn)en zum Ziel ihrer Bildungsbemühungen, so dass Leitlinien für eine differenzierte Auseinandersetzung mit Konsum sich im Kontext sozialwissenschaftlicher Bildung wie folgt darstellen müssten:

ad (1) Sozio-ökonomisch statt ökonomistisch

Konsum ist – ebenso wie der Alltag der Konsument(inn)en selbst – nicht monodisziplinär zu erfassen. Eine rein ökonomische, gar ökonomistische Sicht auf das Verbraucherhandeln verkennt seine individuellen, kulturellen, ästhetischen, politischen und sozialen Momente, wodurch die kritisch-reflektierte Auseinandersetzung mit Konsum verloren geht. Sozio-ökonomische Bildung spricht sich gegen einen inhaltlichen und methodischen Monismus durch die Überbetonung einseitig ökonomischer Perspektivsetzungen aus und vollzieht dabei eine integrative Zusammenschau der sozialwissenschaftlichen Disziplinen (vgl. Engartner/Krisanthan 2013). Es ist jene grundlegende Orientierung, die den entscheidenden Unterschied macht zwischen einer Konsumbildung, die der „Annahme [folgt], dass die Domäne Wirtschaft perspektivisch über das Erkenntnisinteresse des Ökonomen zu erfassen ist [...]“ (Birke/Seeber 2011, 174) oder einer, die der Überzeugung folgt, dass „als theoretische Basis für die Entwicklung individueller Handlungskompetenz [...] das Paradigma der Ökonomik weitgehend ungeeignet [ist]“ (Hedtke 2011, 187).

ad (2) Multiperspektivisch statt monistisch

Einem reflektierten und multiperspektivischen Bildungsanspruch gemäß müssen Wege aufgezeigt werden, wie Schüler/innen durch wechselseitige Bezüge zwischen den Disziplinen Politik, Ökonomie, Geschichte, Recht und Soziologie Wirtschaft besser verstehen lernen. „Letztlich gilt es den von John M. Keynes formulierten Anspruch einzulösen, wonach ein guter Ökonom bis zu einem gewissen Grad auch Mathematiker, Historiker und Philosoph sein sollte“ (Engartner 2014a, 31f.).

ad (3) Moralisch statt moralistisch

In einer Zeit, in der die Sehnsucht nach einem gesunden, natürlichen und stressfreien Leben immer größer zu werden scheint, lässt sich mit entsprechenden Wellness- und Lifestyle-Produkten viel Geld verdienen. Produkte mit Bio-Label oder der Kennzeichnung „vegan“ finden sich längst nicht mehr nur in den exklusiven Sphären des Reformhauses, sondern begegnen auch den konventionellen Konsument(inn)en auf ihren Discounterexpeditionen. Jenen fällt vor allem eines auf – der höhere Preis, den man für das gute Gewissen zahlen zu müssen scheint. Ullrich sieht in dieser Form des Konsumierens gar eine Art postmodernen „Ablasshandel“ mit „Gewissens-Wellness“, der gesellschaftliche Gruppen in prekären Finanzsituationen a priori ausschließt (2014, 6f.). In schulischen Bildungsbemühungen geht es nicht darum, Schüler(inne)n dogmatisch den Weg zu einem ethischen Konsumverhalten zu weisen oder ihnen Handlungsweisen aufzuoktroyieren, die in Anbetracht ihrer Lebenssituation nicht praktikabel erscheinen. Ein solches Vorgehen wird zu Recht Ablehnung erzeugen und als Einschränkung der persönlichen Freiheit empfunden werden. Vielmehr sollten sich Konsument(inn)en die Frage stellen: *Was können wir dazu beitragen, um (ethisch) reflektiert zu konsumieren?*

ad (4) Handlungsorientiert statt handlungsanweisend

Obschon Konsum einen zentralen Platz in unserem Alltag einnimmt, gibt er doch immer neue Rätsel auf. Warum kauft man Dinge, die man eigentlich gar nicht braucht? Wieso lässt die Aussicht auf ein um einen Feiertag verlängertes Wochenende die Verbraucher/innen übergebührlich einkaufen? Und warum sind viele Menschen bereit, für Markenprodukte nach qualitativen Maßstäben ungerechtfertigt hohe Preise zu bezahlen? Da sich dem Phänomen „Konsum“ niemand entziehen kann, erlaubt dieses einen besonders eingängigen lebensweltnahen Zugang zur Rolle als Wirtschaftsbürger/innen. Nur anhand exemplarischer Beispiele und ethischer Konflikte kann transferierbares Orientie-

rungswissen gewonnen werden. Dies zeigt sich zum Beispiel im Hinblick auf die Einflüsse der Werbewirtschaft, deren Strategien man kennen muss, um sie reflektieren zu können.

ad (5) Verantwortungsvoll statt (allein)verantwortlich

Ein von gesellschaftlichem Verantwortungsbewusstsein geprägtes Konsumentenleitbild grenzt sich von der standardökonomischen Vorstellung des methodologischen Individualismus ab. Zwar sind Konsument(inn)en zentrale Akteur(inn)e(n) der Marktgestaltung, jedoch kann ihnen nicht die alleinige Verantwortung für die Etablierung eines nachhaltigen, sozialverträglichen und sicheren Handel(n)s überlassen werden. So hat der (noch) „schlafende Riese Konsument“ (Beck 2002, 131) zwar einen beachtenswerten Einfluss auf das Marktgeschehen und ist durch sein Abstimmungsverhalten durchaus in der Lage „Politik mit dem Einkaufswagen“ (Baringhorst et al. 2007) zu betreiben. Nichtsdestotrotz sind Unternehmen, (Verbraucher-)Verbände und Politik wichtige Bündnispartner im Werben für nachhaltiges und sozialverträgliches Wirtschaften, weshalb von einer „geteilten Verantwortung“ (Heidbrink/Schmidt 2011, 37) auszugehen ist. Unabdingbare Voraussetzung für die verantwortungsvolle und partizipatorische Gestaltung ist die verbraucherseitige Mündigkeit, die auf Reflexions-, Urteils- und Handlungsfähigkeit zielt.

ad (6) Individuell statt individualistisch

Sozialwissenschaftliche Konsumbildung muss sich inhaltlich, didaktisch und methodisch am Subjekt und dessen Bedürfnissen orientieren, stellt Konsum in der heutigen Konsumgesellschaft doch ein individuell gestaltbares Phänomen dar. Individuen etablieren eine persönliche Konsumkultur, die sich abhängig von unterschiedlichen Determinanten konstituiert. Für ein reflektiertes Konsumverhalten gilt: „Selbstdurchsetzung“ und individuelle Vorteilsmaximierung jenseits jeglicher Solidarität stehen im Gegensatz zu den Idealen der Emanzipation (Hufer 2010, 22). Daher ist die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Position im Markt Ausgangs-, Dreh- und Angelpunkt mündigen Konsumverhaltens – und damit ein unerlässlicher Auftrag für die sozialwissenschaftliche Bildung.

Literatur

- Baringhorst, S./Kneip, V./März, A./Niesyto, J. (Hg.) (2007): Politik mit dem Einkaufswagen. Unternehmen und Konsumenten als Bürger in der globalen Mediengesellschaft. Bielefeld
- Beck, U. (2002): Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter. Neue weltpolitische Ökonomie. Frankfurt am Main
- Birke, F./Seeber, G. (2011): Kompetenzerwartungen an Konsumenten in der Marktwirtschaft. In: Retzmann, T. (Hg.): Finanzielle Bildung in der Schule. Mündige Verbraucher durch Konsumentenbildung. Schwalbach/Ts., 171-184
- Brauck, M./Hawranek, D./Salden, S./Zand, B. (2015): Guter Kunde, böser Kunde. In: Der Spiegel, 68. Jg., Nr. 16, 62-71
- Burckhardt, G. (2015): Von Primark bis Hugo Boss: Geschäfte ohne Skrupel. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 60. Jg., Heft 1, 93-100
- Engartner, T. (2014 a): Pluralismus in der sozialwissenschaftlichen Bildung. Zur Relevanz eines politikdidaktischen Prinzips. Berlin
- Engartner, T. (2014 b): Umwelt- und Sozialsiegel: Wie informativ und glaubwürdig sind sie? Zur Aufhebung von Informationsasymmetrien beim ethischen Konsum von Waren. In: Retzmann, T./Grammes, T. (Hg.): Warenethik in der ökonomischen und politischen Bildung. Schwalbach/Ts., 21-39

- Engartner, T./Krisanthan, B. (2013): Ökonomische Bildung im sozialwissenschaftlichen Kontext – oder: Aspekte eines Konzepts sozio-ökonomischer Bildung. In: GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, 62. Jg., Heft 2, 243-256
- Giddens, A. (1998): *Sociology*. Cambridge, Massachusetts
- Haarmann, M. P. (2014): Sozioökonomische Bildung – ökonomische Bildung unter der Zielperspektive der gesellschaftlichen Mündigkeit. In: Fischer, A./Zurstrassen, B. (Hg.): *Sozioökonomische Bildung*. Bonn, 206-222
- Hedtke, R. (2001): *Konsum und Ökonomik: Grundlagen, Kritik und Perspektiven*. Konstanz
- Hedtke, R. (2011): Wer hat Angst vor der BWL? Was die Konsumentenbildung von der Betriebswirtschaftslehre lernen kann. In: Retzmann, T. (Hg.): *Finanzielle Bildung in der Schule. Mündige Verbraucher durch Konsumentenbildung*. Schwalbach/Ts., 185-201
- Heidbrink, L./Schmidt, I. (2011): Das Prinzip der Konsumentenverantwortung – Grundlagen, Bedingungen und Umsetzungen verantwortlichen Konsums. In: Heidbrink, L./Schmidt, I./Ahaus, B. (Hg.): *Die Verantwortung des Konsumenten. Über das Verhältnis von Markt, Moral und Konsum*. Frankfurt am Main/New York, 25-56
- Heidbrink, L./Schmidt, I./Ahaus, B. (2011): Einleitung – Der Konsument zwischen Markt und Moral. In: Heidbrink, L./Schmidt, I./Ahaus, B. (Hg.): *Die Verantwortung des Konsumenten. Über das Verhältnis von Markt, Moral und Konsum*. Frankfurt am Main/New York, 9-24
- Hirschmann, A. O. (1970): *Exit, Voice, and Loyalty. Responses to Decline in Firms, Organizations, and States*. Cambridge, Massachusetts
- Hufer, K.-P. (2010): Emanzipation: Gesellschaftliche Veränderung durch Erziehung und politische Bildung – ein Rückblick auf eine nach wie vor aktuelle Leitidee. In: Lösch, B./Thimmel, A. (Hg.): *Kritische politische Bildung. Ein Handbuch*. Schwalbach/Ts., 13-24
- Institut für Markt-Umwelt-Gesellschaft e.V. (imug) (2013): *Praxisorientierte Bedarfsanalyse zur Verbraucherbildung. Kurzfassung einer Studie im Auftrag der Deutschen Stiftung Verbraucherschutz*. Hannover
- Kneip, V. (2010): *Consumer Citizenship und Corporate Citizenship. Bürgerschaft als politische Dimension des Marktes*. Baden-Baden
- Lamla, J. (2006): Politisierter Konsum – konsumierte Politik. Kritikmuster und Engagementformen im kulturellen Kapitalismus. In: Lamla, J./Neckel, S. (Hg.): *Politisierter Konsum – konsumierte Politik*. Wiesbaden, 9-37
- Markkula, A./Moisander J. (2012): Discursive Confusion over Sustainable Consumption: A Discursive Perspective on the Perplexity of Marketplace Knowledge. In: *Journal of Consumer Policy*, Vol. 35, No. 1, 105-125
- Rosa, H. (2009): Ohne Bremse an die Wand. In: *Die Zeit*, Nr. 27 v. 29.6. (<http://www.zeit.de/2009/27/Krise-Beschleunigung>, aufgerufen am 12.7.2015)
- Stehr, N. (2007): *Die Moralisierung der Märkte. Eine Gesellschaftstheorie*. Frankfurt am Main
- Ullrich, W. (2014): Boykottieren oder kaufen. Wie Moral und Konsum zusammenhängen. In: *Universitas*, 69. Jg., Heft 818, 5-15
- Wittau, F. (2015): *Konsumbildung: Verbraucherpolitische Leitbilder in der Diskussion*. In: GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, 64. Jg., Heft 1, 83-92